

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 34. Rat 2009-2014 Sitzungsdatum: 05.06.2013 Niederschrift
--

Übach-Palenberg, den 05.06.2013

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.03.2013
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 25.10.2012 aus öffentlicher Sitzung
3. Abgrabungsantrag der Fa. Davids, Geilenkirchen, vom 20.02.2013, "Frelenberg V, Erweiterungsfläche" hier: Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens
4. Anordnung einer Einwohnerversammlung für die Erneuerung der Thornstraße
5. Änderung ortsrechtlicher Bestimmungen und Begleitbeschlüsse
 - 5.1. 13. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Übach-Palenberg
 - 5.2. Bestellung eines Vertreters für den Verhinderungsfall des allgemeinen Vertreters
 - 5.3. 01. Änderung der Satzung für den Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Übach-Palenberg
 - 5.4. Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass
6. Kenntnisnahme des Haushaltsplanes 2013 einschl. der fortgeschriebenen Ergebnis- und Finanzplanung sowie des Haushaltssanierungsplanes 2012-2021
7. Erweiterungen zur Tagesordnung
 - 7.1. Antrag der CDU-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 16.05.2013 betr. Gefährdungspotential für Jugendliche im Bereich der Otto-von-Hubach-Straße
 - 7.2. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 28.05.2013 betr. Erstellung einer Satzung für das Gebiet der ehemaligen Kiesgrube Marienberg

8. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
9. Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg
10. Vorlage des 4. Tätigkeitsberichtes der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Übach-Palenberg
11. Einwohnerfragestunde

B) Nichtöffentliche Sitzung

12. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 25.10.2012 aus nichtöffentlicher Sitzung
13. Personalangelegenheit
 - 13.1. Änderung eines Arbeitsverhältnisses
 - 13.2. Ernennung eines Leiters der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Übach-Palenberg (Wehrführer) und seiner Stellvertreter
14. Erweiterungen zur Tagesordnung
 - 14.1. Bericht über die Personalveränderungen im Jahre 2012
 - 14.2. Rechtsstreit in Sachen Rückforderungen Waschkaue
15. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen
Frau Bärbel Bartel	SPD
Herr Franz Bergstein	UWG
Herr Wolfgang Bien	UWG
Frau Martina Czervan-Quintana Schmidt	CDU
Herr Fred Fröschen	CDU
Herr Josef Fröschen	CDU
Herr Peter Fröschen	CDU
Frau Karin Fürkötter	SPD
Herr Gerhard Gudduschat	CDU
Herr Wolfgang Gudduschat	FDP-HM
Herr Walter Junker	CDU
Frau Norma Kuhlmeier	SPD
Herr Dieter Kunath	SPD
Herr Herbert Mlaker	FDP-HM
Herr Hans-Georg Overländer	SPD
Frau Eva Maria Piez	SPD

Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen
Herr Winand Ruland	CDU
Herr Hüseyin Salin	SPD
Herr Wolfgang Schneider	SPD
Frau Christa Thar-Hennes	UWG
Herr Oliver Walther	CDU
Frau Corinna Weinhold	UWG
Herr Heiner Weißborn	SPD
Herr Hubert Wynands	CDU

Abwesende Stadtverordnete

Herr Rudolf Burbaum	SPD
Herr Herbert Fibus	SPD
Herr Herbert Görtz	CDU
Herr Heinz König	CDU
Herr René Langa	CDU
Herr Dieter Sarasa	UWG

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch

Verwaltungsbedienstete

Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Dezernent Hans-Peter Gatzen
Herr Stadtamtsrat Thomas Schröder
Herr Kämmerer Björn Beeck
Herr Verwaltungsangestellter Thomas de Jong

Schriftführerin

Frau Stadtamtsfrau Kerstin Schade

Bürgermeister Jungnitsch stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und die Vertreterin der Presse.

Er wies auf die Erweiterungen der Tagesordnung um die Punkte 7.1 " Antrag der CDU-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 16.05.2013 betr. Gefährdungspotential für Jugendliche im Bereich der Otto-von-Hubach-Straße" und 7.2 " Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 28.05.2013 betr. Erstellung einer Satzung für das Gebiet der ehemaligen Kiesgrube Marienberg" im öffentlichen Teil der Sitzung und die Punkte 14.1 " Bericht über die Personalveränderungen im Jahre 2012" aus der HuFA-Sitzung und 14.2 "Rechtsstreit in Sachen Rückforderungen Waschkaue" im nichtöffentlichen Teil der Sitzung hin und ließ hierüber abstimmen.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird im öffentlichen Teil um die Punkte 7.1 " Antrag der CDU-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 16.05.2013 betr. Gefährdungspotential für Jugendliche im Bereich der Otto-von-Hubach-Straße" und 7.2 " Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 28.05.2013 betr. Erstellung einer Satzung für das Gebiet der

ehemaligen Kiesgrube Marienberg" erweiter und im nichtöffentlichen Teil um die Punkte 14.1 " Bericht über die Personalveränderungen im Jahre 2012" und 14.2 "Rechtsstreit in Sachen Rückforderungen Waschkaue" erweitert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung 3 Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass die UWG-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung 1 Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

A) Öffentliche Sitzung

1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.03.2013

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 20.03.2013 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 25.10.2012 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 25.10.2012 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3 Abgrabungsantrag der Fa. Davids, Geilenkirchen, vom 20.02.2013, "Frelenberg V, Erweiterungsfläche" hier: Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, er habe bereits in der vergangenen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses darauf hingewiesen, dass die bisher getroffenen Zusagen und die festgelegten Auflagen für die vergangenen Abgrabungsabschnitte noch nicht erfüllt worden seien.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen habe die Bitte an den Rat, das Einvernehmen erst nach Erfüllung der Auflagen zu erteilen.

Als Beispiele wolle er die Streuobstwiese, die eigentlich bis 2010 und die Ge-

für die Fraktion der SPD:	Stadtverordneter Overländer und Stadtverordneter Weißborn
für die Fraktion der UWG:	Stadtverordneter Bien
für die Fraktion B 90/Die Grünen:	Stadtverordnete Appelrath
für die FDP-HM-Fraktion:	Stadtverordneter W. Gudduschat

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

5 Änderung ortsrechtlicher Bestimmungen und Begleitbeschlüsse

5.1 13. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Übach-Palenberg

Beschluss:

Die in der Anlage beigefügte Satzung zur 13. Änderung der Hauptsatzung vom 04.05.1998 wird beschlossen (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

5.2 Bestellung eines Vertreters für den Verhinderungsfall des allgemeinen Vertreters

Stadtamtsrat **Schröder** verließ zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal.

Beschluss:

Der Leiter des Fachbereichs Allgemeine Verwaltung, Stadtamtsrat Thomas Schröder, wird bestellt, im Verhinderungsfall des allgemeinen Vertreters die allgemeine Vertretung zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

5.3 01. Änderung der Satzung für den Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Übach-Palenberg

Beschluss:

Die in der Anlage beigefügte Satzung zur 01. Änderung der Satzung für den

Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Übach-Palenberg vom 02.12.2010 wird beschlossen (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

5.4 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass

Beschluss:

Die beiliegende Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass wird beschlossen (die Neufassung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6 Kenntnisnahme des Haushaltsplanes 2013 einschl. der fortgeschriebenen Ergebnis- und Finanzplanung sowie des Haushaltssanierungsplanes 2012-2021

Stadtverordneter **Weißborn** verwies auf das Stärkungspaktgesetz, dass eine Berichtspflicht der Stadt zum 15. April beinhalte. Er gehe davon aus, dass die Stadt der Berichtspflicht nachgekommen sei, würde aber gerne wissen, warum dieser Bericht dem Rat nicht zur Kenntnis gegeben worden sei.

Kämmerer **Beeck** antwortete, man habe der Bezirksregierung einen Bericht vorgelegt, bisher aber keine Rückmeldung erhalten, ob dieser den Vorstellungen der Bezirksregierung entspreche. Sobald eine Rückmeldung vorliege, werde man dem Rat den Bericht zur Kenntnis geben.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, ihn interessiere, wie der Bericht an die Bezirksregierung ausgesehen habe. Es handele sich seiner Meinung nach hierbei um eine originäre Aufgabe des Rates. Der ursprüngliche Bericht sollte ihm somit zu Kenntnis gegeben werden.

Kämmerer **Beeck** erklärte, er wisse nicht, wo genau der Vorwurf liege. Die Abgabe des Berichtes sei Aufgabe des Bürgermeisters und nicht Aufgabe des Rates. Die Berichtspflicht liege bei der Stadt. Man habe mit der Bezirksregierung verabredet, dass man einen Bericht sozusagen als Entwurf einreiche, da die Bezirksregierung selber noch nicht genau sagen konnte, wie ein solcher Bericht auszusehen habe. Nach erfolgter Abstimmung mit der Bezirksregierung, hätte man das

Endergebnis dann dem Rat vorgelegt. Wenn der Rat jedoch jegliche Entwürfe sehen wolle, könne man dies künftig so halten, aber er sehe hierfür keine Notwendigkeit.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, er halte es für völlig überzogen, sämtliche Entwürfe dem Rat vorzulegen. Man müsse einfach sehen, dass die gesamte Angelegenheit Stärkungspakt für alle Neuland sei und man zunächst abstimmen müsse, was genau gewollt werde. Daher halte er die Vorlage des Endergebnisses für ausreichend.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** wies darauf hin, dass der Rat einen Sanierungsplan beschlossen habe. Solange hiervon dem Grunde nach ohne Information an den Rat nicht abgewichen werde, gebe er Kämmerer Beeck Recht. Er fragte, ob er richtigerweise davon ausgehe, dass sich die Verwaltung innerhalb des Rahmens des beschlossenen Sanierungsplans bewege.

Kämmerer **Beeck** bestätigte dies.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, der Begriff "Entwurfsschreiben" mache ihn stutzig, da es eine Berichtspflicht gebe. Also müsse doch ein Bericht bei der Bezirksregierung eingereicht worden sein und diesen hätte man dem Rat zur Kenntnis geben müssen. Der Rat habe einen Anspruch zu wissen, was im Rahmen des Sanierungsplanes eingehalten worden sei. Die papierlose Gremienarbeit sei zum Beispiel noch nicht eingeführt worden. Dies wäre somit schon eine Abweichung vom Sanierungsplan. Der Rat habe ein Informationsrecht.

Bürgermeister Jungnitsch wand ein, dass man diesem Informationsrecht auch nachkommen werde. Man müsse aber den großen Aufwand und den Abstimmungsbedarf mit der Bezirksregierung berücksichtigen.

Kämmerer **Beeck** erklärte, er werde gleich morgen bei der Bezirksregierung anrufen und über den heutigen Tenor berichten. Er werte dies als Vorwurf an die Bezirksregierung. Vielleicht erhalte er von dort ein direktes Feedback.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, seine Einlassung sei keineswegs ein Vorwurf gegen die Bezirksregierung gewesen, sondern gegen die Verwaltung. Die Verwaltung hätte den Bericht, den sie an die Bezirksregierung geschickt habe, dem Rat vorlegen müssen.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, man werde die Aussagen des Stadtverordneten Weißborn entsprechend ins Protokoll aufnehmen und eine Abstimmung mit der Bezirksregierung vornehmen.

7 Erweiterung zur Tagesordnung

7.1 Antrag der CDU-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 16.05.2013 betr. Gefährdungspotential für Jugendliche im Bereich der Otto-von-Hubach-Straße

Schriftführerin **Schade** verlas den Antrag (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Stadtverordneter **Junker** erklärte, es gehe darum, alle Möglichkeiten zu prüfen, der dortigen Situation entgegenzuwirken.

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** erklärte, dass er die im Antrag dargestellte Situation leider bestätigen müsse. Der Verwaltung sei das Problem bekannt. Deswegen habe man bereits Mülleimer aufgestellt und verstärkt Kontrollen durch den Außendienst des Ordnungsamtes und auch durch die Polizei durchgeführt. Es seien auch bereits Platzverweise ausgesprochen worden.

In der gestrigen Sicherheitskonferenz habe man die Angelegenheit thematisiert. Die Polizei habe weitere verstärkte Kontrollen zugesagt. Man werde zudem weitere Maßnahmen abstimmen, um der dortigen Situation entgegenzuwirken. Die Verwaltung werde prüfen, welche weiteren Möglichkeiten es hier gebe. Darüber hinaus werde der Technische Betrieb weiterhin regelmäßige Reinigungen durchführen.

Bürgermeister Jungnitsch ergänzte, er halte das durch den Antrag vorgebrachte Problem für sehr wichtig. Er empfehle daher, die Angelegenheit an den entsprechenden Fachausschuss zu verweisen.

Stadtverordnete **Weinhold** stimmte der Wichtigkeit der Angelegenheit zu. Immerhin gehe es hier um die Sicherheit der Bevölkerung und insbesondere der Kinder. Eine Kontaktaufnahme mit der Polizei sei ja, wie gehört, bereits erfolgt. Darüber hinaus sollte man hier auch den Streetworker einbinden. Man sollte versuchen, mit möglichst geringen Kosten der Situation entgegenzuwirken.

Stadtverordneter **Overländer** erklärte, er hätte vom Antragsteller erwartet, dass er die Polizei mit aufgeführt hätte. Solchen Dingen, insbesondere in Bezug auf die Problematik Betäubungsmittel, müsse die Polizei nachgehen. Mit dem Einsatz eines privaten Sicherheitsdienstes habe er Probleme, insbesondere im Hinblick auf die angespannte Haushaltssituation. Die Kosten für einen privaten Sicherheitsdienst seien bestimmt sehr hoch.

Stadtverordneter **Rißmayer** wies darauf hin, dass Stadtverordneter Junker außerhalb des Antrages gesagt habe, dass alle Möglichkeiten geprüft und ausgeschöpft werden sollten. Dem könne er so zustimmen. Hier sehe er auch, wie Stadtverordnete Weinhold, die Einbindung des Streetworkers als eine Maßnahme. Man sollte in der Angelegenheit nicht eine einseitige Sicht verfolgen, sondern in alle Richtungen Möglichkeiten prüfen.

Stadtverordneter **Overländer** wand ein, dass der Streetworker hier keinen Einfluss habe. Er solle Jugendlichen als Ansprechpartner dienen. Er habe keine ordnungsrechtlichen Aufgaben.

Stadtverordneter **Junker** erklärte, er sei dankbar für die vielen Äußerungen und den guten Konsens. Er werte den Antrag als Initialzündung. Alle wollen die dortige Ordnung sicherstellen.

Bürgermeister Jungnitsch schlug vor, dass die Verwaltung Möglichkeiten prüfen werde, die geeignet seien, der Situation im Bereich der Otto-von-Hubach-Straße entgegenzuwirken und das Ergebnis in einer der kommenden Sitzungen des ent-

sprechenden Fachausschusses vorzustellen.

Mit diesem Vorgehen erklärten sich alle Anwesenden einverstanden.

7.2 Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 28.05.2013 betr. Erstellung einer Satzung für das Gebiet der ehemaligen Kiesgrube Marienberg

Schriftführerin **Schade** verlas den Antrag (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Bürgermeister Jungnitsch wies darauf hin, dass es richtig "Frau Molls von der unteren Landschaftsbehörde" heißen müsse.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dieser Fehler sei ihm auch aufgefallen. In dem Antrag gehe es darum zu regeln, was in dem Gebiet erlaubt sei und was nicht, um negativen Auswüchsen vorzugreifen.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion werde dem zustimmen. Für dieses schützenswerte Gebiet sollten konkrete Regelungen getroffen werden.

Stadtverordnete **Weinhold** stimmte ebenfalls zu. Sie fragte, ob es für das Naherholungsgebiet Wurmtal eine Satzung gebe und ob eine solche Satzung eine freiwillige Aufgabe sei.

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** erläuterte, dass die Stadt eine Satzung über die Benutzung der öffentlichen Grün-, Par- und Spielanlagen habe. Hierüber seien sämtliche Grünanlage, auch das Naherholungsgebiet Wurmtal und letztendlich auch die ehemalige Kiesgrube als neues städtisches Naherholungsgebiet, erfasst. Konkret auf die ehemalige Kiesgrube bezogen wolle die Verwaltung aber noch mit der unteren Landschaftsbehörde abstimmen, ob über diese Satzung alles Notwendige zum Schutz des Gebietes erfasst und geregelt werde. Falls nicht, schlage er jedoch vor, keine neue Satzung zu erlassen, sondern die o. g. bestehende Satzung soweit nötig zu ergänzen bzw. anzupassen.

Stadtverordneter **Rißmayer** wies darauf hin, dass damals im Zusammenhang mit den Rekultivierungsmaßnahmen für dieses Gebiet beschlossen worden sei, zu beantragen, dass das gesamte Gelände Landschaftsschutzgebiet werde. Sei dieser Antrag gestellt worden?

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** antwortete, dies müsse er noch mit der unteren Landschaftsbehörde abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu überprüfen, inwieweit die bestehende Satzung über die Benutzung der öffentlichen Grün-, Park- und Spielanlagen in der Stadt Übach-Palenberg konkret für das Gebiet der ehemaligen Kiesgrube angepasst bzw. ergänzt werden muss und eine entsprechende Änderungssatzung in der nächsten Sitzung des zuständigen Ausschusses vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, Stadtverordnete Piez habe in der letzten Ratssitzung gefragt, ob eine Nutzung der Turnhalle Marienberg durch den Kindergarten Marienberg möglich wäre. Er teilte mit, dass dies grundsätzlich möglich wäre, dies zeitweise so auch bereits praktiziert worden sei, der Kindergarten aber auf Nachfrage erklärt habe, dass derzeit hierzu kein Bedarf mehr bestehe.

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass ab sofort das städtische Wappen als Ansteckpin für 3 Euro pro Stück erworben werden könne.

Weiterhin teilte er mit, dass die Deutsche Glasfaser darüber informiert habe, dass die Frist zur Erreichung der 40%-Marke für Frelenberg und Marienberg bis zum 15.07.2013 verlängert worden sei.

9 Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg

Kämmerer **Beeck** verwies auf die Zahlen der entsprechenden Sitzungsunterlage.

Er teilte mit, dass der Schuldenabbau weiter betrieben werden konnte und er davon ausgehe, dass bei der derzeitigen Liquidität die geplante Abtilgung von Liquiditätskrediten bis zum Ende des Jahres erreicht werden könne.

10 Vorlage des 4. Tätigkeitsberichtes der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Übach-Palenberg

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass die Gleichstellungsbeauftragte aufgrund einer Reha-Maßnahme leider an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen könne. Der Tätigkeitsbericht liege jedoch vor. Er fragte, ob der Bericht bereits heute zur Kenntnis genommen werden wolle oder ob man den Tagesordnungspunkt bis zur Rückkehr der Gleichstellungsbeauftragten vertagen wolle.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** dankte für den ausführlichen Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten. Die CDU-Fraktion habe hierzu keine Fragen. Wenn von anderer Seite jedoch eine Vertagung für nötig erachtet werde, sei die CDU-Fraktion natürlich hiermit einverstanden.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, da sie davon ausgehe, dass die Gleichstellungsbeauftragte an der kommenden Ratssitzung teilnehmen könne, sollte man den Tagesordnungspunkt bis dahin zurückstellen.

Stadtverordneter **Weißborn** und Stadtverordneter **W. Gudduschat** schlossen sich der Meinung der Stadtverordneten Weinhold an.

Der Tagesordnungspunkt wurde somit bis zur nächsten Ratssitzung zurückgestellt.

11 Einwohnerfragestunde

Einwohner Peter Sluyfers verwies auf die Klangbrücke und fragte, ob es richtig sei, dass hier noch ein Klageverfahren anhängig sei und erkundigte sich nach dem Sachstand.

Bürgermeister Jungnitsch bestätigte dies. Das Verfahren sei noch nicht abgeschlossen.

Anfragen

Anfrage 1 der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er habe gehört, dass beim vergangenen Stadtfest kein Ordnungsdienst anwesend gewesen sei. Er fragte, ob dies richtig sei, wenn ja, warum nicht und wie man zukünftig verfahren wolle.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, man habe gestern in der Sicherheitskonferenz besprochen, künftig wieder verstärkt Polizei und Ordnungskräfte bei solchen Stadtfesten einzusetzen.

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** ergänzte, es habe Kontrollen auf dem letzten Stadtfest gegeben, aber nicht während der ganzen Zeit.

Anfrage 2 der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Weißborn** fragte, ob die Schildkröten auf der Brücke in Rimburg versichert worden seien.

Bürgermeister Jungnitsch verneinte dies. Es sei schwierig, derartige Kunstobjekte zu einem vernünftigen Versicherungspreis zu versichern.

Stadtverordneter **Weißborn** fragte nach, wie dies gemeint sei.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, eine solche Versicherung wäre exorbitant teuer.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, eine Versicherung zum Herstellungspreis müsse aber doch zumindest möglich sein.

Bürgermeister Jungnitsch sagte zu, dies mit der Versicherung zu besprechen.

Anfrage 3 der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Weißborn** wies auf die vierseitige Anzeige der Stadt in einer der vergangenen Ausgabe der SuperMittwoch hin. Er fragte, was dies gekostet und wer dies bezahlt habe.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, die EWV habe dies bezahlt. Der Stadt seien keinerlei Kosten hierfür entstanden.

Anfrage der UWG-Fraktion:

Stadtverordnete **Weinhold** fragte, wann die UWG-Fraktion mit der Erledigung der noch offenen Anträge, die sie während der laufenden Wahlperiode gestellt habe, zu rechnen sei.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, der Prüfauftrag bzgl. der Baumaßnahmen sei viel Arbeit. Bereits jetzt seien hierfür schon über 70 Arbeitsstunden eingesetzt worden. Er gehe aber davon aus, dass die Prüfung bis zur kommenden Ratssitzung abgeschlossen werden könne.

Zur weiteren Beantwortung der Anfrage verwies er darauf zuerst abklären zu lassen, welche Anträge hiervon betroffen seien. Er werde dies dann schriftlich nachreichen.

Bürgermeister Jungnitsch schloss um 18.47 Uhr die öffentliche Sitzung.

Jungnitsch
Bürgermeister

Schade
Schriftführerin